

Mehrweggeschirr – eine politische Frage?

Seit 10 Jahren in der Stadt Bern eine Selbstverständlichkeit: Am Buskers oder an der Museumsnacht gibt's Getränke und Essen aus Mehrweggeschirr, das gegen eine Depotgebühr herausgegeben wird. Die Mehrwegpflicht an Grossveranstaltungen, die auf einen Vorstoss aus dem Stadtrat zurückgeht, funktioniert bestens, die Vorteile sind offensichtlich: Abfallberge werden vermieden, der öffentliche Raum bleibt sauber, und mit dem Verleih von Mehrweggeschirr ist ein neues Business entstanden.

Klar also, dass der Kanton das erprobte System der Mehrweggeschirrs aus der Stadt Bern auch in seiner angepassten Gastgewerbeverordnung

übernehmen will. Oder doch nicht? Anstoss zu dieser Neuerung gab eine Motion der Stadtberner GFL-Grossrätin Anna Linder, die der Regierungsrat positiv beantwortete. Er versprach, das Obligatorium sogar auf «alle Betriebe» auszudehnen und es nicht nur auf Grossveranstaltungen auf öffentlichem Grund beschränken zu wollen.

Die Mehrwegpflicht stösst aber nicht überall auf Begeisterung. In der Stadt Thun ging man wieder einen Schritt rückwärts. «Wegen negativer Erfahrungen mit Mehrweggeschirr» korrigierte die Stadt ihr Abfallreglement und erlaubte bei kleineren Anlässen in Hallen wieder Wegwerfgeschirr. Hängt die Ausgestaltung der Mehr-



Barbara Streit-Stettler

wegpflicht etwa mit den unterschiedlichen politischen Mehrheiten in Bern und Thun zusammen? Eigenartig: Die beiden Städte liegen nur 30 km auseinander, und man gelangt trotzdem in einer

Sachfrage, die messbare Vorteile bringt und in der Stadt Bern von der Festkundschaft bestens aufgenommen wird, zu gegenteiligen Schlüssen.

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin

Kurz-Info

Neues Gebetshaus

Im September wurde an der Marktgasse 42 im Beisein von Grossrätin Barbara Streit-Stettler und weiteren Persönlichkeiten das «Gebätshuus» bzw. Gebetshaus Bern eröffnet. Es ist jeden Mittwoch und Donnerstag je 10–20 Uhr geöffnet. Die Termine der Abendveranstaltungen finden Sie auf www.gebetshausbern.ch.

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion:
«Berner EVP», Christof Erne, Bern

Kontaktadresse für «EVP-Info»:
Christof Erne
Tel. 031 991 78 91, bevpevp@evp-be.ch

EVP Stadt Bern
3000 Bern
Postcheckkonto 30-2067-3
info@evp-bern.ch
www.evp-bern.ch
www.facebook.com/evpstadtbern



Korrigendum

Sozialrundgang

In der letzten «EVP-Info» wurde zum Sozialrundgang irrtümlicherweise berichtet, dass die Surprise-Stadtführer André Hebeisen und Hanspeter Deflorin früher auf der Gasse gelebt hätten. Beide waren aber nie obdachlos. Die EVP bedauert diese Falschaussage und die dadurch verursachten Unannehmlichkeiten.

EVP-Info

Informationen
der Evangelischen
Volkspartei Stadt Bern
www.evp-bern.ch

November 2018

Die wichtigste Institution für Integration

Seit etwas mehr als einem Jahr bin ich als Vertreter der EVP in der Schulkommission des Schulkreises Bethlehem dabei. Es ist eine spannende und herausfordernde Arbeit zugleich. In Bethlehem hat die Schule nicht nur die Aufgabe, den Kindern Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Es geht in einem grösseren Rahmen um Integration. Die meisten Kinder in Bethlehem haben einen Migrationshintergrund. Das macht sie überhaupt nicht zu schlechteren Schülerinnen und Schülern. Aber sie haben teilweise höhere Hürden zu überspringen, zum Beispiel die der deutschen Sprache. Dazu gibt es auch Kinder, die wegen Erlebnissen in ihrem Heimatland oder auf der Flucht

einen Rucksack mit sich tragen.

Integration ist ein weiterer Begriff, ich bin mir dessen bewusst. Viele Menschen verknüpfen damit ganz unterschiedliche Vorstellungen. Für mich persönlich ist Integration ein Aufeinander-Zugehen, ein Sich-Begegnen.

Die meines Erachtens wichtigste Institution für Integration ist die Schule. Aber damit das Projekt gelingen kann, gleichzeitig zu integrieren und zu unterrichten, brauchen die Schulen in Bethlehem dringend mehr Ressourcen. Ich habe schon oft die Aussage gehört, die Lehrpersonen seien so stark mit dem Sicherstellen gewisser Grundregeln wie Pünktlichkeit beschäftigt, dass es ihnen kaum gelinge, überhaupt zu unterrichten.

Verschiedene Lösungen wären denkbar, beispielsweise Team-teaching oder die Reduktion der Klassengrössen. Aber welche Ansätze wir auch vorschlagen, sie kosten alle Geld. Und alle wollen bekanntlich sparen. Aber die Schweiz ist ein Zuwanderungsland.

Wenn wir als Gesamtgesellschaft funktionieren wollen, ist die Integration ein unverzichtbarer Schlüssel. Dieser Schlüssel kann Türen öffnen, er kann Räume zusammenführen, die auf den ersten Blick unvereinbar schienen. Es braucht daher Lehrpersonen, welche die Kapazität haben, ihre Klassen zu unterrichten, und nicht nur die dringendsten Brände zu löschen. Im Parteiprogramm der

EVP Kanton Bern steht,



Benjamin Gerber

dass «für Chancengerechtigkeit und soziale Integration [...] gute öffentliche Schulen [...] unabdingbar» seien.¹

Es ist es absolut wert, mehr Geld in diese Vision zu investieren. Dies wird sich auszahlen – für alle!

Benjamin Gerber, Mitglied Schulkommission

¹ www.evp-be.ch/politik/parteiprogramm

Danke für Ihre Spende

Dieser «EVP-Info» liegt ein Einzahlungsschein der EVP Stadt Bern bei. Wir bedanken uns für jeden Beitrag für unsere Parteiarbeit – z.B. für die «EVP-Info», Veranstaltungen und Wahlen. Die EVP Stadt Bern finanziert sich primär aus Spenden, weil die Mitgliederbeiträge zum grossen Teil an die Kantonalpartei weiterfliessen.

Ihre EVP Stadt Bern

Einladung zur Adventsfeier

Adventsfeier vom Mittwoch, 5. Dezember 2018 um 19.30 Uhr in der Nägeligasse 9, Bern:

Im Zentrum steht diesmal die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Bern (AKiB). Sie berichtet über ihre wichtigen sozialen Aufgaben. Gemütliches Zusammensein bei Speis und Trank und besinnliches Musizieren bilden auch diesmal den Rahmen.

«Eine Fusion stärkt die Position der Stadt»

Im August 2018 hat das Ostermündiger Parlament zwei Vorstösse überwiesen, die eine Fusion mit Bern fordern. Wie steht die EVP Stadt Bern dazu? Die Präsidentin Bettina Jans-Troxler antwortet.

Als du gelesen hast, dass Ostermündigen einen Schritt in Richtung Fusion mit Bern gemacht hat, war das eine gute Nachricht für dich?

Oh ja, ich habe mich gefreut über diese Nachricht! Ich glaube, bei einer Fusion würden beide Seiten gewinnen – wahrscheinlich sogar die ganze Region. Wir von der EVP Stadt Bern befürworten schon lange Fusionen mit Agglomerationsgemeinden. Das würde die Position von Bern gesamtschweizerisch stärken. Auch innerhalb des Kantons würden sich die Kräfte zugunsten der Stadt verschieben.

Ostermündigen hat im Moment finanzielle Probleme und einen hohen Steuerfuss. Warum sollte

Bern mit Ostermündigen fusionieren wollen?

Eine gute Frage. Ich finde es wenig sinnvoll, dass mehrere Gemeinden auf so engem Raum je die ganze Gemeindeinfrastruktur wie Müllabfuhr, Feuerwehr, Grünraumpflege usw. aufrecht erhalten. Für die Bevölkerung läuft ja schon jetzt vieles über die Gemeindegrenzen hinweg: öffentlicher Verkehr, Kitas, Einkaufen, Ausgang ... Eine Fusion von Gemeinden hat durchaus Sparpotenzial, wodurch die Finanzen von Ostermündigen vermutlich wieder ins Lot kommen könnten.

Warum hat Bern mit seinen Nachbarn nicht schon längst Fusionsverhandlungen aufgenommen?

In meiner Zeit in der Agglomerationskommission habe ich sehr direkt erfahren, wie heikel das Thema in den Agglomerationsgemeinden ist. Leider ist ein starkes «Gärtlidenk» verbreitet – z.B. hat mir mal ein Könizer Politiker gesagt, er müsse sich doch nicht für die Fachhochschule am Standort Bern einsetzen, er sei ja von Köniz.

Es ist auch verständlich, dass in einer kleineren Gemeinde eine Fusion mit einer viel grösseren Ängste hervorruft. Das Beispiel Bümpliz, das vor 100 Jahren mit Bern fusionierte, könnte hier aber Mut machen.

Gibt es schon Pläne für eine engere Zusammenarbeit zwischen der EVP in Bern und Ostermündigen?



Bettina Jans-Troxler

Wir würden uns sehr freuen, mit der EVP Ostermündigen näher zusammenzuarbeiten – momentan braucht aber dieser Prozess noch etwas Zeit. Für die Stadtberner EVP wäre eine Fusion mit Ostermündigen eine grosse Chance, da in Ostermündigen der Wähleranteil der EVP viel höher ist als in der Stadt.

Interview: Barbara Streit-Stettler

Fusion mit Ostermündigen: Was bisher geschah

Überraschend deutlich mit 21 zu 10 Stimmen bejahte der Grosse Gemeinderat von Ostermündigen am 23. August 2018 eine Motion der SP mit dem Auftrag, Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern aufzunehmen. Gar einstimmig wurde zum gleichen Thema ein schwä-

cher formuliertes Postulat der FDP überwiesen. Als Gründe führten die Befürworter die maroden Finanzen sowie die Schwierigkeiten in der jüngsten Vergangenheit mit der Gemeindepensionskasse und dem Inkasso von Abfallgebühren ins Feld. Der Berner Stadt-

präsident Alec von Graffenried betonte nach dem Entscheid gegenüber der «Berner Zeitung», dass «der Weg der Fusion gemeinsam gegangen werden muss». Ostermündigen könne nicht allein ein Fusionsprojekt entwickeln und «am Schluss bei uns anklopfen». Wie

der Prozess ablaufen soll, ist laut der Gemeindegeschreiberin Barbara Steudler auch von Seiten Ostermündigen noch nicht klar. Alec von Graffenried und Gemeindepräsident Thomas Itten hätten aber bereits miteinander das Gespräch aufgenommen. BSt

Städtische Volksabstimmungen vom 25. November

Produktgruppenbudget 2019

Mit dem Argument des 67-Millionen-Franken-Überschusses von 2017 und dem anhaltenden Bevölkerungswachstum präsentierte der Gemeinderat vor dem Sommer das grosszügige Budget 2019. Ganze 51 neue Stellen wollte er schaffen und damit einen Leistungsausbau von über 14 Millionen Franken verursachen. Diese zahlreichen neuen Stellen stiessen bei vielen Parteien auf Kritik – so auch bei der EVP.

Unter anderem auf Druck der GFL/EVP-

Fraktion lenkte der Gemeinderat im September schliesslich ein und entschied, nur noch 40 neue Stellen zu schaffen. Dieser Kompromiss erhielt in der Ratsdiskussion letztlich eine Mehrheit, sodass nun das neue Budget in der Höhe von 1,27 Milliarden Franken einen Ertragsüberschuss von 1,3 Millionen vorsieht.

Diesem Ergebnis stimmten auch die zwei EVP-Stadträte Bettina Jans-Troxler und Matthias Stürmer zu.

Matthias Stürmer, Stadtrat

Schulinformatikplattform Base4kids2

Die Schulinformatikplattform base4kids wurde 2008 an den Berner Schulen eingeführt und genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Deshalb wurde der Auftrag für eine neue Plattform base4kids2 öffentlich ausgeschrieben. Mit dem siegreichen Projekt sollen für 12,1 Milliarden Franken für alle Lehrpersonen und für alle Klassen (eine nach Schulstufe unterschiedliche Anzahl) Tablets mit einer OpenSource-Plattform für alle benötigten Anwendungen

angeschafft werden. Der Unterhalt während fünf Jahren kostet weitere 12,4 Millionen Franken.

Wir EVP-Stadträte sind der Meinung, dass eine neue Informatiklösung an den Schulen dringend nötig ist, um gut arbeiten zu können. Leider war mein Antrag, aus pädagogischen und entwicklungspsychologischen Gründen an den Kindergärten noch keine Tablets anzuschaffen, im Stadtrat chancenlos.

Bettina Jans-Troxler, Stadträtin

Teilrevision Bauordnung: Naturgefahrenplan sowie Anpassung Begriffe und Messweisen

Mit zwei Abstimmungsvorlagen – dem Erlass des Naturgefahrenplans und der Anpassung der Begriffe und Messweisen im Bauwesen – wird kantonales Recht auf Gemeindeebene übernommen. Zum einen werden an der Bauordnung der Stadt Bern Änderungen vorgenommen, zum andern Daten aus der Naturgefahrenkarte des Kantons in die städtische Ebene übernommen.

Der neue Naturgefahrenplan bildet die Ist-Situation ab und ist Voraussetzung dafür, dass für geplante Hochwas-



Naturgefahren lauern v. a. entlang der Gewässer wie Aare und Stadtbach.

serschutzmassnahmen an der Aare Subventionen beantragt werden können.

Das EVP-Stadtrats-Duo empfiehlt, auch diesen beiden Vorlagen zuzustimmen.

Matthias Stürmer und Bettina Jans-Troxler, Mitglieder des Berner Stadtrats